

Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2013-02-25

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter/in: Fraktion DIE LINKE
Telefon: (03 85) 5 45 29 57

Antrag Drucksache Nr.

01427/2013

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Appell des Deutschen Städtetages unterstützen - "Wasserversorgung in der Bundesrepublik nicht privatisieren"

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin unterstützt die Position des Deutschen Städtetages bezüglich der geplanten EU – Richtlinie zur Vergabe von Wasserkonzessionen.

Begründung

Der Deutsche Städtetag forderte Anfang Februar 2013, dass Wasserversorger unabhängig von ihrer Rechtsform in kommunaler Hand bleiben können. Der Präsident des Deutschen Städtetages Christian Ude (SPD) äußerte die Erwartungshaltung, dass die Bundesregierung ihren Einfluss geltend macht, um die Pläne der EU Kommission zu verhindern. Die Wasserversorger sollen auch zukünftig unabhängig von ihrer Rechtsform in kommunaler Hand bleiben können.

Die Pläne der Kommission sahen ursprünglich vor, dass die Städte und Gemeinden ihre Wasserversorgung europaweit ausschreiben müssen, wenn diese nicht zu 100% öffentlich – rechtlich organisiert ist. Dagegen regt sich Widerstand. Nach einer repräsentativen FORSA Umfrage lehnen 82 Prozent der deutschen Bürgerinnen und Bürger die Pläne aus Brüssel ab. Eine aktuelle Unterschriftenaktion von Campact unterzeichneten bereits mehr als 200.000 Bundesbürger. Die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ unterzeichneten bereits mehr als eine Million EU Bürger. Letztere fordert den garantierten Zugang zur Wasserversorgung, die Aufgabe der Liberalisierungsversuche und die Erarbeitung eines Gesetzesvorschlages, der das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend der UNO Resolution im Jahr der internationalen Zusammenarbeit zum Thema Wasser. Kommen bis September 2 Millionen Unterschriften zusammen, wird sich das EU Parlament in einer Anhörung mit dem Anliegen beschäftigen. Nähere Informationen unter <http://www.right2water.eu/de>.

Mittlerweile hat der öffentliche Druck erste Wirkung erzielt. Der zuständige EU – Kommissar will sich dafür einsetzen, dass die europaweite Ausschreibung dann unterbleiben kann, wenn die Wassersparte von anderen Sparten z.B. in Abfall- und Energiewirtschaft bei Stadtwerken strikt getrennt ist und 80 Prozent des Umsatzes in der Heimatkommune erwirtschaftet wird. Dennoch fordert der Deutsche Städtetag auch weiterhin das Herausnehmen der Wasserwirtschaft aus der Richtlinie. Wasser muss für alle verfügbar, physisch zugänglich, bezahlbar und von annehmbarer Qualität bleiben und dies unabhängig von ihrem sozialen Status.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Gerd Böttger
Fraktionsvorsitzender